

Die Große Transformation der Stadt

Gelebte Demokratie als Motor sozial-ökologischen Wandels

Davide Brocchi (Köln)

Zusammenfassung

Ausgehend von der These, dass eine große Transformation unmittelbar bevorsteht oder gar bereits im Gang und als solche gestaltbar ist, charakterisiert der Beitrag diese Transformation als einen Demokratisierungsprozess, der einen systemischen Ansatz erfordert, der die Dimensionen Ökologie, Ökonomie, Soziales, Kultur umfasst. Angesichts der komplexen Herausforderung, die ein solcher systemischer Ansatz unter Einbezug einer globalen Perspektive darstellt, fokussiert der Beitrag die besondere Rolle von Städten für eine sozial-ökologische Transformation. Sie bilden einerseits Ballungsräume, in denen sich alle Dimensionen der Nachhaltigkeit abbilden und ermöglichen gleichzeitig eine stärkere Identifikation ihrer Bürger:innen als übergeordnete Ebenen wie der Staat oder gar die Weltgesellschaft. Vor diesem Hintergrund arbeitet der Beitrag Charakteristika einer nachhaltigen Stadtentwicklung heraus und stellt Ansätze urbaner Transformation vor. Abschließend unterstreicht der Autor, dass eine Transformation aus dem Lokalen heraus als individueller und kollektiver Lernprozess zu verstehen und gestalten ist und lokale Spezifika idealerweise sichtbar und wirksam machen kann.

Schlüsselwörter Transformation, Nachhaltigkeit, Stadt, Partizipation, Modernisierung, Nachbarschaft, Stadtsoziologie

1. Einführung

Uns steht eine Große Transformation bevor, wahrscheinlich sind wir schon mittendrin. Die einzige Frage ist, ob sie *by disaster or by design* stattfinden wird (Wackernagel 2014). Wollen wir den Wandel lieber mitgestalten, dann entscheiden wir uns für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist eine Notwendigkeit, weil sie der Gegenentwurf zu jeder Entwicklung ist, die soziale Systeme in eine Sackgasse führt. Gleichzeitig ist Nachhaltigkeit eine Chance, weil sie für eine Entwicklung steht, die ein *gutes Leben* ermöglicht, das nicht auf Kosten anderer geht, künftiger Generationen inbegriffen. Doch wo stehen wir heute mit der Nachhaltigkeit?

Darüber gesprochen wird schon seit mindestens 50 Jahren. Trotzdem klaffen bei der Nachhaltigkeit politische Versprechen und reale Entwicklungen immer weiter auseinander. Seit dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro haben die weltweiten CO₂-Emissionen um 67 Prozent zu- statt abgenommen (Plöger 2020, 32). Die Weltgesellschaft steuert im Moment auf eine Heizeit zu – und dieser Klimawandel ist nur ein Teil der gegenwärtigen „Multiplen Krise“ (Brand 2009). Offensichtlich ist die „Wissens- und Informationsgesellschaft“ nicht zwingend nachhaltiger als andere Gesellschaftsformen. So halten wir am Wirtschaftswachstum fest, obwohl die hohen „externen Kosten“ bekannt sind, genauso wie sinnvollere und bewährte Alternativen: gerechte Umverteilung statt Wirtschaftswachstum, erneuerbare statt fossile Energieträger, mehr regionale Selbstversorgung statt globale Fremdversorgung. Wir wissen bereits viel, aber wie kommen wir von den Problemen zu den Lösungen?

Genau das ist die Frage der *Transformation*. Darauf hat sich die deutschsprachige Nachhaltigkeitsdebatte ab 2009 immer stärker fokussiert. Der Zeitpunkt ist kein Zufall, denn damals kam es zu einer Zäsur in der Entwicklung der Gesellschaft. Die größte internationale Finanzkrise seit 1929 war gerade ausgebrochen. In Kopenhagen scheiterten die Vereinten Nationen mit ihren Klimaschutzverhandlungen. Dazu kamen die Skandale um Großprojekte wie Stuttgart 21. Diese Ereignisse zeigten, dass der Weg zur Nachhaltigkeit nicht der gleiche sein konnte, der zur neoliberalen Globalisierung geführt hatte: von oben nach unten, vom Globalen zum Lokalen, von den Zentren zu den Peripherien. Dieselben Regierungen, die 1992 beim Erdgipfel die Agenda 21 verabschiedet hatten, liberalisierten danach die internationalen Märkte und sahen im Wirtschaftswachstum das oberste Staatsziel. Probleme kann man jedoch niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.¹ Deshalb forderten der Politikwissenschaftler Claus Leggewie und der Sozialpsychologe Harald Welzer (2009)

¹ Der Satz wird Albert Einstein zugeschrieben.

mit ihrem Werk „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ eine Demokratisierung der Nachhaltigkeitsdebatte. Mehr Nachhaltigkeit braucht mehr Demokratie – und umgekehrt. Eben für einen Demokratisierungsprozess stand der Transformationsbegriff in den Politikwissenschaften, zum Beispiel in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung der osteuropäischen Länder nach 1989. Mit Demokratie meinten Leggewie und Welzer mehr als die Wahl einer Partei. Es ist Empowerment, das heißt „die Selbstermächtigung von Menschen, ihren Interessen selbstbestimmt, auf eigene Initiative und Verantwortung hin zu folgen“ (Leggewie/Welzer 2009, 196). Die gerade entstandene Transition-Town-Bewegung machte es damals in der Praxis vor, wie eine Transformation zur Nachhaltigkeit vor der eigenen Haustür beginnen kann und von unten nach oben, vom Lokalen zum Globalen, dezentral vorangetrieben werden kann.

Der politikwissenschaftliche Transformationsbegriff hat einen weiteren wichtigen Akzent in die Nachhaltigkeitsdebatte gebracht. In der öffentlichen Verwaltung waren bisher für Nachhaltigkeit einflusssschwache Ressorts wie das Bundesministerium für Umwelt und das kommunale Umweltamt zuständig. In der Wirtschaft unterhalten Unternehmen wie Bayer einen „Nachhaltigkeitsrat“, sogar Nestlé veröffentlicht jedes Jahr einen „Nachhaltigkeitsbericht“. Das heißt: Im Allgemeinen hat Nachhaltigkeit bisher neben dem nichtnachhaltigen „business as usual“ stattgefunden. Nachhaltigkeit ist meistens auf ihre ökologische Dimension reduziert worden: auf Klima, Bio und Grün. Dass der Begriff ein systemisches Denken mit sich bringt; dass er auch eine ökonomische, soziale und kulturelle Nachhaltigkeit umfasst, wurde selten begriffen. Das hat sich durch die Kombination mit dem Transformationsbegriff geändert. In den Politikwissenschaften meint er einen Wechsel der politischen Grundordnung (Merkel 1999). So erfordert eine Transformation zur Nachhaltigkeit einen Systemwechsel im gesamten Tagesgeschäft. Gefragt sind „schnelle und weitreichende Systemübergänge in Energie-, Land-, Stadt- und Infrastruktur- (einschließlich Verkehr und Gebäude) sowie in Industriesystemen“, so der Weltklimarat (IPCC 2018, 19). Doch der systemische Ansatz in Verbindung mit der globalen Perspektive bringt eine Komplexität mit sich, die ein kognitiv und physisch begrenztes Wesen wie den Menschen schnell überfordern kann, und zu einem Gefühl der Ohnmacht und der Lähmung führt. Eine Transformation by design muss dem *menschlichen Maß* entsprechen, um Bürger:innen und Institutionen handlungsfähig zu machen. Warum nicht im Lokalen mit der Transformation beginnen? Denn bei Fragen wie „in was für einer Stadt wollen wir leben“, lassen sich alle Dimensionen (Ökologie, Ökonomie, Soziales, Kultur) zusammenführen. Menschen können sich mit dem Lokalen viel stärker identifizieren, als mit übergeordneten Ebenen wie dem Staat, der europäischen Union oder der Weltgesellschaft, und diese emotionale Identifikation ist eine wesentliche Voraussetzung, um sich als Bürger:in

einzubringen. Deshalb ereignete sich in den 2010ern neben einem *transformative turn* auch ein *local turn* in der Nachhaltigkeitsdebatte (u. a. Tiddens 2014; WBGU 2016; Brocchi 2017).

Städte bilden Krisenherde und sind gleichzeitig Pioniere des Wandels. In den Städten lebt heute mehr als die Hälfte der Menschheit, bis 2050 könnten es zwei Drittel werden (vgl. WBGU 2016, 1). Ihnen kommt deshalb in der Transformation zur Nachhaltigkeit eine besondere Rolle zu, darauf fokussiert sich dieser Aufsatz. Im ersten Abschnitt wird die Stadt als Gesellschaftsmodell vorgestellt. Wie unterscheidet sich eine nachhaltige Stadtentwicklung von der bisherigen? Im zweiten Abschnitt geht es um Ansätze der urbanen Transformation. Eine Transformation aus dem Lokalen heraus sollte als individueller und kollektiver Lernprozess verstanden und gestaltet werden, darum geht es im letzten Abschnitt.

2. Stadtentwicklung: Modernisierung oder Nachhaltigkeit?

Im 21. Jahrhundert benötigt die Weltgesellschaft einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“, so der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem Hauptgutachten 2011. In ihrer Größenordnung ist diese Große Transformation mit der Neolithischen Revolution und der Industriellen Revolution vergleichbar (WBGU 2011). In beiden Fällen spielte die Stadt eine prominente Rolle. Bei der Neolithischen Revolution vor 9.000 Jahren wurde sie als Gesellschaftsmodell erfunden. Seitdem stützt sich die Existenz der Stadt auf eine andere Errungenschaft der damaligen Zeit, nämlich auf die Landwirtschaft. Mit der Industriellen Revolution wurde die Stadt endgültig zum Zentrum und Treiber der gesellschaftlichen Entwicklung. Das fossile Energieregime (Kohle, Öl, Gas) der Industriemoderne hat die Massenfertigung, eine weltweite Transportinfrastruktur sowie ein exponentielles Wachstum der Weltbevölkerung ermöglicht. Nun wird sich mit der Großen Transformation im 21. Jahrhundert entscheiden, ob die Stadt als Gesellschaftsmodell zukunftsfähig oder zum Untergang verurteilt ist. Was aber macht eine Stadt aus?

2.1 Die Stadt als Gesellschaftsmodell

Wichtige Merkmale einer Stadt sind die starke Bodenversiegelung, die hohe Bevölkerungsdichte und die Bevölkerungszahl. Beispiel Köln. Hier sind 131 km² durch Zement bedeckt, das heißt von Wohngebäuden, Geschäften, Betrieben, Schulen, Krankenhäusern (u. a.). Auf 66 km² liegt hingegen Asphalt, Straßen und Plätze dienen vor allem als Verkehrsraum (Stadt Köln 2018). In der Domstadt beträgt die Bevölkerungsdichte

2.686 Einwohner:innen pro km², in Berlin sind es 4.118.² In Deutschland wird zwischen Kleinstadt, Mittelstadt und Großstadt differenziert. Klein ist hier eine Gemeinde mit 10.000 Einwohnern, groß eine Stadt wie Köln mit einer Million Einwohner. Das Verständnis von Stadt hängt jedoch vom Kontext ab. In China wäre Köln eher eine kleinere Stadt.

Die Stadt ist ein ambivalentes, widersprüchliches Gesellschaftsmodell. Dies zeigt sich an verschiedenen Stellen.

Erstens: Aus ökologischer Perspektive gleichen Städte einer menschlichen Monokultur. Hier müssen sich die Bäume oft mit kleinen Löchern am Straßenrand abfinden. Nicht nur landwirtschaftliche Monokulturen sind für Parasiten anfällig, sondern auch Städte. Gerade in der Globalisierung können sich Bakterien und Viren viel schneller verbreiten, wie es Corona gezeigt hat.³

Im engen Raum der Stadt konzentriert sich jedoch gleichzeitig eine hohe Vielfalt an Menschen. Diese Vielfalt steht in Zusammenhang mit einer tendenziell höheren Toleranz, in der Stadt können sich Menschen besser entfalten als auf den kleinen, homogenen Gemeinden auf dem Land. Städte waren schon immer auch Orte der Avantgarde, der sozialen Bewegungen und der Emanzipation.

Zweitens: Die Erfolgsgeschichte der Stadt ist der beste Beweis, dass der Mensch beides ist: ein Individualist *und* ein „soziales Tier“. Einerseits macht räumliche Nähe die soziale Interaktion unter den Menschen möglich – und da, wo Menschen miteinander interagieren, sind sie sich einander nicht mehr fremd. Das ist der Grund, warum die AfD ausgerechnet in den Städten weniger Stimmen bekommt, die einen höheren Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund vorweisen. Aber gerade in der Stadt lernen wir auch, dass räumliche Nähe nicht automatisch soziale Nähe ist. Die moderne globalisierte Stadt zeichnet sich durch Anonymität, Konkurrenz und sozioökonomische Polarisierungen aus. In Städten ist der Boden eine begrenzte Ressource, entsprechend drücken sich soziale Konflikte auch als Raumkonflikte aus (Harvey 2014).

² Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/regional-statistiken/r-gesamt_neu.asp?Ptyp=410&Sageb=12015&creg=BBB&anzwer=6 (abgerufen am 29.04.2021).

³ „»Umweltbewußtsein« ist in seinem Kern zu einem Gutteil Gesundheitsbewußtsein und hat als solches eine jahrtausendalte Geschichte [...]. Mit der Seßhaftwerdung und Agglomeration der Menschen beginnt die Geschichte vieler Krankheiten, große Seuchen wie Malaria, Pest, Cholera, Typhus und Tuberkulose markieren bestimmte Umweltbedingungen und Phasen der Umweltgeschichte“ (Radkau 2012, 16f.).

Drittens: Die Städte sind einerseits die Zentren, die die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen und von dieser Entwicklung am meisten profitieren. Gleichzeitig sind die Städte ein Metaorganismus mit einem spezifischen Stoffwechsel (Fischer-Kowalski/Haberl u. a. 1997). Von den energiebedingten CO₂-Emissionen werden gut 70 Prozent durch Städte verursacht (WBGU 2016, 69). Durch den Massenkonsum ist ihr Energie- und Rohstoffbedarf besonders hoch. Ein guter Teil davon landet jedoch in die Mülltonne: Jeder Bundesbürger verursacht nämlich 457 kg Haushaltsabfälle pro Jahr.⁴ Mit der Erderwärmung wird die Wasserversorgung der Städte zunehmend zum Problem. Um sich zu ernähren, braucht Berlin (3,8 Millionen Menschen) zwölf Mal so viel Fläche wie das eigene Gebiet.⁵ Diese Fläche ist heute überall auf der ganzen Welt verteilt: Die Versorgung der Stadt ist heute vor allem Fremdversorgung. Diese Abhängigkeit macht die Stadt extrem vulnerabel. Erdöl ist der Treibstoff, der den täglichen Transport von Waren aus der ganzen Welt in die Stadt ermöglicht. Auch der motorisierte Straßenverkehr der Stadt basiert immer noch zum großen Teil auf Erdöl, entsprechend sensibel sind die Pendler für die Entwicklung von Ölpreisen. Leider ist Erdöl aber eine extrem begrenzte Ressource und deshalb seit Jahrzehnten weltweit hart umkämpft (Heinberg 2008). Viele gute Gründe, um das Öl zu verlassen, bevor das Öl uns verlässt (Schneider/Birol 2008).

Die Stadt ist so zentral und stark, und doch so abhängig und vulnerabel. Wie passt das zusammen? Nicht ohne ein weltweites Herrschaftssystem. Der Wohlstand der Stadt basiert auf Strukturen der sozialen Ungleichheit, die die ständige Internalisierung von Ordnung (Rohstoffe, Nahrungsmittel, Reichtum, Wissen...) und die ständige Externalisierung von Unordnung (Naturzerstörung, Elektroschrott, Armut, Konflikte...) ermöglichen (Lessenich 2017). Einerseits werden die Lieferwege zu den „Wohlstandsinseln“ militärisch abgesichert, andererseits Dämme gegen den steigenden Meeresspiegel und Mauern gegen Flüchtlingsströme errichtet. Damit wird jedoch nicht nur der Wohlstand, sondern es werden auch die Ursachen der wachsenden Unordnung geschützt.

„Erst gestalten wir unsere Gebäude, danach gestalten sie uns“, sagte Winston Churchill (1943) einmal. Die Art und Weise wie Städte gebaut werden, formt die Denk- und Lebensweise der Menschen, die darin leben. Gleichzeitig ist die Stadtentwicklung eine Materialisierung von Kultur. Es hängt von dem *geistigen Bauplan* ab, ob Städte

⁴ https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Umwelt/Abfallwirtschaft/_inhalt.html (abgerufen 22.04.2021).

⁵ Derzeit verbrauchen die Deutschen 2.900 m² Fläche pro Person und Jahr (WWF Deutschland 2012). Für die Ernährung der Berliner Bevölkerung braucht es also 11.030 km².

auto- oder menschengerecht gebaut werden. Die Kultur bildet die gesellschaftliche DNA, die den Stoffwechsel der Stadt sowie ihr Verhältnis zur Umwelt regelt. Umweltkrisen sind deshalb Ausdruck einer Krise der Kultur (Brocchi 2007). Es stellt sich eine doppelte Frage: Welches Kulturprogramm hat sich in der Stadtentwicklung bisher materialisiert? Welchen Kulturwandel braucht Nachhaltigkeit?

2.2 Die Modernisierung der Stadt

Das westliche Weltbild ist tief in einem Separations- und Hierarchiedenken verwurzelt: zwischen Mensch und Natur, Geist und Materie, Moderne und Tradition, Individuum und Gemeinschaft, Wirtschaft und Gesellschaft etc. Eben darauf basiert das Entwicklungsmodell der Modernisierung, das bis heute in unserer Gesellschaft dominiert.

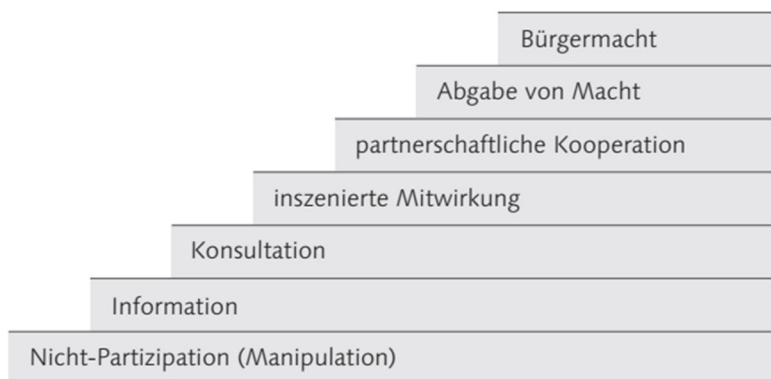
Modernisierung bedeutet Fortschrittmithos. Entsprechend wird die Geschichte des Westens erzählt: von der Agrargesellschaft über die Industriegesellschaft bis zur Dienstleistungsgesellschaft. Das höchste Stadium der Entwicklung zeichnet sich durch Massenkonsum und Wirtschaftswachstum aus (Rostow 1990). Sie gelten als Voraussetzung für Prozesse der Demokratisierung, der Säkularisierung und der Emanzipation (vgl. Merkel 1999, 83). Nur ein steigendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) ermöglicht eben die Befriedigung höherer Bedürfnisse, von den Grundbedürfnissen, über die Sicherheit und die Bildung bis zur kreativen Selbstverwirklichung (entsprechend der Bedürfnispyramide des US-Psychologen Abraham Maslow (1981)).

Wer an der Spitze dieser Entwicklung steht, sieht sich als Vorbild für die Entwicklung aller anderen. Nicht zufällig gilt die neoliberale Globalisierung als ein Prozess der „Verwestlichung“ (Latouche 1994) oder gar der „Amerikanisierung“ (Butterwegge 2020) der Welt. So wie sich die „Hochkultur“ im Wirtschaftswachstum materialisiert, so suchen die Modernisierungstheorien die Ursachen der „Unterentwicklung“ (Arbeitslosigkeit, Armut...) bei den Betroffenen selbst, zum Beispiel in ihrem Festhalten an Traditionen. Während sich die neoliberale Wirtschaftspolitik für „alternativlos“ hält (Margaret Thatcher in Berlinski 2008), wird Andersartigkeit auf eine Form von Mangel reduziert. Entsprechend wird die kulturelle Vielfalt durch eine geistige Monokultur ersetzt, die sich unter anderem in den Innenstädten der Welt materialisiert. Sie gleichen inzwischen einem Einkaufszentrum, in dem immer dieselben transnationale Handelsketten vorkommen. Die funktionalistische, geometrische Architektur aus Stahl, Beton und Glas wirkt so zeitlos und steril, wie austauschbar.

Die kommerzialisierten Innenstädte gelten selbst als Vorbild für die Entwicklung der Peripherie. Ganz selbstverständlich wird ihre „Aufwertung“ durch den Bau von Einkaufszentren, Multiplexkinos und Luxuswohnungen verfolgt. Damit wird jedoch oft genau das vor Ort zerstört, was sonst gut funktioniert: Raum/Mensch-Beziehungen, kreative Räume, Einzelhandel... Die Investoren orientieren ihr Handeln allein am Rentabilitätsprinzip, trotzdem bestimmen sie die Stadtentwicklung mehr als die Bewohnerschaft. Die „Aufwertung“ bringt oft Segregation als Nebenwirkung mit sich, so dass privilegierte Milieus immer mehr unter sich wohnen und benachteiligte genauso.

Die Stadt wird als „Megamaschine“ gestaltet, die Stadtplanung auf eine technische Aufgabe reduziert (Gehl 2015). So wie Platon die Philosophen berief, über seinen idealen Staat zu herrschen, weil sie der absoluten, ewigen Idee des Guten näher standen, so sind die „Expert:innen“, die die Stadt planen, von oben herab, im Studio. Dem gegenüber sind die Bürger:innen die „Laien“, die die Stadt lediglich konsumieren, jedoch nicht mitgestalten dürfen. Wenn öffentliche Verwaltungen Partizipation vorschreiben, dann meinen sie damit oft nur die Information oder Konsultation der Bürger:innen (Abb. 1).

Abb. 1: Beteiligungsleiter



(Arnstein 1969, modifiziert durch Nanz/Fritzsche 2012, 23)

Das westliche Weltbild zeichnet sich auch durch ein pessimistisches Menschenbild aus. So ist der „Homo oeconomicus“ nur darauf bedacht, Profit und Eigennutzen zu maximieren. In einem Zustand der Gesetzlosigkeit würden sich jedoch solche Egoisten irgendwann gegenseitig umbringen (homo hominis lupus). Deshalb verzichteten die Menschen im „Leviathan“ von Thomas Hobbes auf die Selbstbestimmung zugunsten der Autorität des Staats, der durch Gesetze und Gewaltmonopol den sozialen

Frieden und die soziale Ordnung garantiert (Esposito 2004). Diesem Weltbild entsprechend dominieren in der modernen Stadt zwei Formen der Verwaltung von Raum:

- *Privaträume und kommerzielle Räume.* Als Privateigentum dienen sie dem Privatinteresse. Das Geld ersetzt Vertrauen, dort wo Menschen unfähig sind, miteinander zu teilen.
- *Öffentliche Räume.* Zum großen Teil dienen sie als Verkehrsraum, der Autos und nicht Menschen zur Verfügung steht. Die Nutzung von Straßen und Plätzen wird durch eine öffentliche Verwaltung bestimmt. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht einmal die eigene Straße eigenhändig verschönern, ohne mit Auflagen und Vorschriften konfrontiert zu werden. Verwaltungen verstehen sich eben als Ordnungshüter (weniger als Ermöglicher), als ob nur Chaos entstehen würde, wenn man mehr Freiheit und bürgerschaftliche Selbstverwaltung zulässt.

Strenggenommen dienen beide Arten von Räumen nicht dem Gemeinwohl. Wo sind zum Beispiel Begegnungsräume für die Nachbarschaft? Wo sind Plätze als Agora, auf denen gelebte Demokratie oder Kunst im öffentlichen Raum stattfinden kann?

Eine modernisierende Stadtplanung bedeutet eine totale Rationalisierung des Raums. Darin gibt es weder für ökologische noch für kulturelle „Wildnis“ Platz. Für die Nachhaltigkeit von Städten ist diese „Wildnis“ jedoch besonders wichtig.

2.3 Die nachhaltige Stadtentwicklung

Nachhaltigkeit ist ein komplexer Begriff. Seine Mehrdeutigkeit macht ihn anfällig für Missbrauch, umso wichtiger ist hier eine genaue Definition. Der Verfasser verbindet Nachhaltigkeit mit einem doppelten, komplementären Verständnis:

- Nachhaltigkeit ist der *Gegenentwurf* zu jeder Entwicklung, die soziale Systeme in eine Sackgasse führt (Diamond 2006). Die „Multiple Krise“ ist nicht die Zukunft, wir sind bereits mittendrin. Die Klimakrise und der Schwund der Biodiversität⁶ sind nur ein Aspekt davon. Da die Staaten die Ursachen der Finanzkrise von 2008 nicht behoben haben, könnte sich diese jederzeit wiederholen. Die steigenden Militärausgaben weltweit erhöhen die Gefahr von militärischen Auseinandersetzungen. Auch soziale Polarisierungen und autoritäre Entwicklungen nehmen zu. Immer mehr Menschen sind auf der Flucht. Bei diesem Verständnis ist Nachhaltigkeit ein

⁶ Im Schwund der Biodiversität liegt eine wesentliche Quelle für das erhöhte Epidemie-Risiko für den Menschen (Weber 2021).

Synonym von *Resilienz*, es geht also um die Frage, wie soziale Systeme (Städte inbegriffen) widerstandsfähiger und beweglicher werden können.

In der expansiven Moderne ist es leichter, über »In-«novation (mehr Elektroautos) zu reden als über »Ex-«novation (weniger Autoverkehr) (vgl. Schneidewind 2018, 145). Eine Behandlung der Symptome durch „End-of-pipe-Technologien“ reicht aber für eine dauerhafte Lösung der Probleme nicht aus: Nachhaltigkeit meint eine Lösung an der Wurzel der Probleme (Beginning-of-pipe-Technologien). Sie erfordert ein *Lernen a priori* (vor der Erfahrung der Katastrophe) anstelle eines Lernens a posteriori (nach der Erfahrung).

- Nachhaltigkeit steht *für* eine Entwicklung, die ein „gutes Leben für alle“ ermöglicht, künftige Generationen inbegriffen (vgl. Schneidewind/Zahrnt 2013; I.L.A. Kollektiv 2019). Während die Modernisierung Wohlstand mit Wirtschaftswachstum gleichsetzt, geht Nachhaltigkeit von einem multidimensionalen Verständnis von Wohlstand aus, das neben ökonomischen, auch ökologische, soziale und kulturelle Belange berücksichtigt. Nachhaltig ist eine Entwicklung, die nach menschlichem Maß stattfindet. „»Schneller«, »globaler«, »mehr« und »kommerzieller« - mit solchen Attributen lassen sich die Entwicklungslinien der letzten Jahrzehnte umschreiben [...]. Immer deutlicher wird, dass ein gutes Leben auch Räume für ein »Langsamer«, »Näher«, »Weniger« und »Persönlicher« benötigt“ (Schneidewind 2021, 145). Das gute Leben muss nicht unbedingt erfunden werden. Wir können auch von anderen Kulturen und Subkulturen lernen. So ist das „Buen Vivir“ (gutes Leben) seit Jahrhundert die Lebensweise der indigenen Völker in den Anden. Dem Wachstum ziehen sie ein Leben im Gleichgewicht mit der Natur vor; dem Wettbewerb die Solidarität. Innerhalb unserer Gesellschaft wird das gute Leben in Nischen bereits erprobt, z.B. in Urban Gardening-Projekten, durch regionale Wirtschaftskreisläufe oder in menschengerechten Städten wie Kopenhagen.

Beiden Verständnissen von Nachhaltigkeit liegen vier Grundsätze zugrunde.

2.3.1 Gerechtigkeit und Solidarität

Wie eine Gesellschaft mit ihrer Umwelt umgeht, das hängt von den innengesellschaftlichen Verhältnissen ab. Deshalb ist die ökologische Frage eigentlich eine soziale. Historisch gehört eine ausgeprägte soziale Ungleichheit (in der Verteilung von Macht, Reichtum...) zu den wesentlichen Ursachen des gesellschaftlichen Kollapses (Motesharrei/Rivas u. a. 2014). Ohne soziale Gerechtigkeit kann es deshalb keine Nachhaltigkeit geben (Brocchi 2019a). Warum immer weiterwachsen, wenn man auch unver-

teilen bzw. miteinander teilen kann? Dort wo Menschen kooperieren statt konkurrieren, ist der Naturverbrauch niedriger. Mehr Gemeinwesen statt Privatwesen kommt allen Menschen zugute. In Ländern, die sich durch eine Kultur der Großzügigkeit auszeichnen, sind Menschen tendenziell glücklicher (Boom 2015; Helliwell/Layard u.a. 2020).

2.3.2 Demokratie

Krisen sind auch Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen: Wer macht die Entwicklung für wen? Wer baut die Städte für wen? Menschen können sich mit dem Selbstgemachten viel stärker identifizieren als mit dem Vorgegebenen. Dies zeigt sich unter anderem in der Klubkultur der Jugend. In brachliegenden, verstaubten, aber selbst-eingerichteten und selbstverwalteten Fabriken fühlt sie sich wohler als in sterilen, für sie gestalteten Räumen. Diese Erkenntnis sollte in der gesamten Stadtentwicklung geltend gemacht werden. Bürgerbeteiligung erhöht die Identifikation mit der eigenen Stadt. Ein wenig „Wildnis“ macht die Stadt lebendiger, Berlin hat es in den 1990ern vorgemacht.

Kein gutes Leben kann fremdbestimmt sein, deshalb meint Nachhaltigkeit eher Emanzipation als Verzicht. In einer „Starken Demokratie“ (Barber 1994) sind Bürger:innen nicht politische Objekte, sondern Subjekte. Sie dürfen die Stadt nicht nur konsumieren, sondern auch mitgestalten (Co-creation). Doch „Bürgermacht“ (Abb. 1) kann es nur dann geben, wenn woanders Macht abgegeben wird. Was das Gemeinwohl ist und was zum Gemeinwohl dient, dies kann am besten partizipativ, von den Betroffenen selbst definiert werden. Vom guten Leben gibt es schon innerhalb einer Nachbarschaft unterschiedliche Vorstellungen: Manche wollen lieber Auto fahren, andere lieber Fahrrad. Kinder wollen auf den Straßen lieber spielen. Wie können die verschiedenen Interessen im selben Raum friedlich koexistieren? Nur, wenn das gute Leben möglichst inklusiv und auf Augenhöhe ausgehandelt wird, kann es für alle gut sein.

Mit der Liberalisierung der Wirtschaft haben die politischen Institutionen die eigene Bevölkerung den Marktkräften ausgeliefert, dies wird unter anderem auf dem Immobilienmarkt deutlich. Das Ergebnis sind ein Vertrauensverlust und eine Krise der Demokratie. An den Kommunalwahlen 2020 nahmen in NRW nur 51,9 Prozent der Wahlberechtigten teil (Innenministerium NRW 2020). Bei solchen Verhältnissen sind Ratsentscheidungen in den Gemeinden bereits dann gültig, wenn sie von einem Viertel der Wahlberechtigten (über ihre Vertreter:innen im Rat) mitgetragen werden. Was ist jedoch mit den restlichen drei Vierteln? Es braucht alternative Räume jenseits der

konventionellen politischen Institutionen, in denen die Demokratie gelebt und weiterentwickelt werden kann. Nachhaltigkeit erfordert „Parlamente“, in dem auch die Natur als Subjekt vertreten ist (Latour 2015).

Neben der starken Partizipation fordert der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen ein neues Verhältnis zwischen Institutionen und Bürger:innen (WBGU 2011). Dies setzt jedoch eine Veränderung der Strukturen innerhalb der öffentlichen Verwaltung voraus sowie eine Umkehrung der Hierarchie der Institutionen nach dem Prinzip der Subsidiarität. Im Schweizerischen Föderalismus sind die Ortsteile und die Gemeinden die stärksten Institutionen, während der Bund nur die Aufgaben übernimmt, welche die Kraft der Kantone übersteigen oder einer einheitlichen Regelung durch den Bund bedürfen (Vatter 2016).

2.3.3 Wiedereinbettung der Wirtschaft

Der Vater der „Großen Transformation“ ist Karl Polanyi. Im gleichnamigen Werk hatte der Sozialanthropologe schon 1944 vor der „Idee eines selbstregulierenden Marktes“ gewarnt, denn ein solcher Markt könne „über längere Zeiträume nicht bestehen, ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu vernichten“ (Polanyi 1978, 19f.). Polanyi wusste, wovon er sprach: Die Liberalisierung der Märkte hatte 1929 zu einer verheerenden Finanzkrise geführt. Sie hatte jene sozialen Polarisierungen ausgelöst, die rechtsextreme Bewegungen an die Macht brachten. Der internationale Wettbewerb und die militärische Aufrüstung brachten schließlich den Weltkrieg. Die Parallelen zur heutigen Entwicklung sind unübersehbar.

Kein Wunder, dass Polanyi nach der Finanzkrise von 2008 wiederentdeckt wurde (Leggewie/Welzer 2009; WBGU 2011). Sein Werk macht die Risiken bewusst, die in der Universalisierung eines einzigen Wirtschaftsmodells liegen. Nicht die sozialen Beziehungen sollten in das Wirtschaftssystem eingebettet sein, sondern die Wirtschaft in die Gesellschaft (Polanyi 1978, 88).

Neben „ökonomischem Kapital“ benötigt Nachhaltigkeit vor allem „Sozialkapital“, das unentgeltliche Miteinanderteilen und die Kooperation auf Basis von Vertrauen. Sozialkapital macht soziale Systeme resilienter und beweglicher. Als die Menschen in Barcelona ihre Jobs in Folge der Finanzkrise 2008 verloren, sicherten sie sich das Überleben, auch indem sie eine Tauschwirtschaft in der Nachbarschaft betrieben (Blaschke 2015). Nachhaltigkeit liegt nicht nur in der Zukunft, sondern auch in alten Traditionen. In seinem Werk beschreibt Polanyi wie die kapitalistisch-industrielle Revolution mit der Einfriedung vom Ackerland und das Ende der Gemeingüter in Groß-

britannien begann (Polanyi 1978, 60). Eben diese Gemeingüter sollten heute wiederentdeckt und aufgewertet werden (Helfrich 2009). Nachhaltigkeit braucht mehr Gemeinwesen und weniger Privatwesen.

2.3.4 Kulturelle Vielfalt

Wie eine Gesellschaft mit ihrer Umwelt umgeht, das hängt von den kulturellen Verhältnissen ab. So gelten Wirtschaftswachstum und technologische Innovation immer noch als „Allheilmittel“. Jede Ideologie hat eben die Tendenz, die Ursache der Probleme als Lösung zu verpacken. Auch geistige Monokulturen sind besonders anfällig für Krisen. Deshalb wäre eine „Monokultur der Nachhaltigkeit“ ein Widerspruch an sich. Die kulturelle Vielfalt ist für die Resilienz einer Gesellschaft genauso wichtig, wie es die Biodiversität für die Ökosysteme ist (UNESCO 2001). Kulturelle Vielfalt meint unter anderem Freiraum für Alternativen – und dies auch in Städten. In einer Atmosphäre der Toleranz kann jedes Individuum die eigene Andersartigkeit ausleben – und damit zur Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

Eine nachhaltige Stadtentwicklung meint die Materialisierung von kultureller Vielfalt statt von Monokultur. Während die architektonische Modernisierung zu einer Entwurzelung der Lebensweisen führt, ist eine nachhaltige Architektur an die ökologischen, sozialen und kulturellen Besonderheiten der lokalen Nischen angepasst.

3. Wege in die urbane Transformation

Eine nachhaltige Transformation setzt also vor allem an der Veränderung der sozialen Verhältnisse an. Sie wird aus dem Lokalen heraus vorangetrieben und möglichst inklusiv und demokratisch gestaltet. Doch wie wird dieser Ansatz in der Praxis umgesetzt? Für gewöhnlich sieht der Weg so aus:

- Eine Initiative, eine Organisation oder eine Bürogemeinschaft hat eine Projektidee. Um deren Realisierung zu ermöglichen, wird ein Förderantrag bei einer Stiftung oder öffentlichen Institution eingereicht. Darin werden Ziele, Strategie, geplante Maßnahmen sowie erwartete Ergebnisse genau beschrieben. Natürlich wird der innovative Charakter hervorgehoben, um die Chance auf Förderung zu erhöhen. Vorgelegt wird noch ein Finanzplan, der die Organisationsstruktur des Projektes festlegt. Tatsächlich wird die Finanzierung für einen Zeitraum von 2-3 Jahren bewilligt. Nun wählt der Projektträger das fehlende Personal aus und bildet ein Projektteam, das für die Umsetzung zuständig ist.

- Die Bürgerschaft wird angesprochen, um sie zu aktiver Beteiligung zu motivieren. Die Ansprache enthält Begriffe wie „Nachhaltigkeit“. Darauf reagiert ein Teil der Bevölkerung gleichgültig: „Das ist etwas für Experten, Akademiker und Ökos. Kein Milieu also, in dem ich mich heimisch fühle“. Das Projektteam kann aber auch auf Misstrauen und Widerstand stoßen: „Wollen sie den öffentlichen Raum aufwerten? Logisch was danach passiert: die Mieten gehen nach oben und die grünen Akademiker nehmen uns die Wohnungen weg!“. Es gibt jedoch auch einen kleinen Teil der Bevölkerung, der am Thema Interesse hat. Einige engagieren sich bereits in anderen Initiativen, die ähnliche Ziele verfolgen. Sie beteiligen sich nicht, wenn sie in der neuen Initiative einen Konkurrenten sehen (je ähnlicher die Ziele, desto höher der Wettbewerb um Fördermittel, Einfluss und Zuspruch). Oder sie beteiligen sich, haben aber wenig Zeit, weil sie mit sonstigen ehrenamtlichen Aktivitäten ausgelastet sind. Manche fragen sich auch, warum sie sich ehrenamtlich einbringen sollen, wenn die Arbeit der Hauptamtlichen bezahlt wird: Geld bedeutet eben Wertschätzung. Schließlich gibt es Menschen, die sich engagieren, weil sie dabei eigene, implizite Ziele verfolgen: Der eine sucht eine Bühne, auf der er sich profilieren kann; der andere fühlt sich einsam und sucht menschlichen Kontakt. Die Energie, die solche impliziten Ziele von der Gruppe beanspruchen, steht den expliziten Zielen nicht zur Verfügung. Weil Gruppendynamik nicht immer leicht zu ertragen ist und gerade zu Beginn emotionale Bindungen schwach sind, steigen manche aus bzw. kommen nicht mehr. Gerade in Städten wie Berlin gibt es doch solch ein Hyperangebot an Ideen, Initiativen, Möglichkeiten: Warum sollte man bei der einen stehen bleiben? Sich binden? In der ersten Phase des Projektes findet so eine starke Selektion statt. Am Ende bleibt eine überschaubare Gruppe übrig. Da sich Gleich und Gleich gerne gesellt, ähneln sich die Aktiven in Alter, Bildungsniveau, sozialer Schicht und Hautfarbe. Diese erweiterte Projektgruppe wird wahrscheinlich ein paar tolle Aktionen realisieren, die von der Bevölkerung hauptsächlich konsumiert werden.
- Nach zwei oder drei Jahren geht die finanzielle Förderung zu Ende, damit das Projekt. Der Träger wird einen Projektbericht verfassen und die Erfolge hervorheben. Kritik (z.B. gegen die Stadtverwaltung) wird gemieden, um eine Folgeförderung nicht zu gefährden. Von vielen Projekten ist dieser Bericht das Einzige, was am Ende übrigbleibt. Um ihre Stellen nicht zu verlieren, denken sich die Projektmitarbeiter:innen eine neue Idee aus, reichen einen Förderantrag ein (selbstverständlich innovativ) und warten hoffnungsvoll auf die Bewilligung.

Diese Darstellung führt einzelne Erfahrungen zusammen, die der Verfasser selbst gemacht oder beobachtet hat. Die Zuspitzung soll bewusst machen, dass die gewählte

Vorgehensweise den selbstgesetzten Zielen widersprechen kann. Wie soll echte Partizipation stattfinden, wenn der Förderantrag Ziele, Strategie und Strukturen vorgibt? Der Geldfluss schafft hierarchische Strukturen innerhalb des Projektes. Mit dem „Habitus“ der bezahlten Kraft ist es schwer, Menschen zu motivieren, sich ehrenamtlich einzubringen. Auch das Denken in zeitbefristeten Projekten steht einer nachhaltigen Wirkung der Maßnahmen im Weg (Goehler 2021). Natürlich steht es jedem frei, den beschriebenen Weg zu gehen. Oft ist er wahrscheinlich am effizientesten. Für eine *effektive* Transformation zur Nachhaltigkeit braucht es jedoch unkonventionelle Wege. Der Weg ist das eigentliche Ziel.

3.1 Räume der gelebten Demokratie

Die direkte Demokratie hat ihren Ursprung auf der Agora in der altgriechischen Polis. Auf diesem Platz kamen die Bürger regelmäßig zusammen, um die Entwicklung der eigenen Stadt gemeinsam zu bestimmen. Doch wo ist die Agora in der modernen Stadtplanung geblieben? Sie wird nicht berücksichtigt. Der urbane Raum wird immer stärker privatisiert, kommerzialisiert oder durch Autos besetzt. Wenn es eine Krise der Demokratie gibt, dann liegt es auch an einem Mangel an Räumen der gelebten Demokratie, in denen Gemeinwohl und gutes Leben von den Bürger:innen selbst ausgehandelt und mitgestaltet werden können. Für die Transformation zur Nachhaltigkeit bräuhete es eine Agora in jeder Nachbarschaft. Hier sollten Gemeinsamkeiten formalisiert werden: In was für einer Stadt wollen wir leben? Welche Verkehrspolitik wollen wir im Quartier? Sollen sich Investoren Immobilien und Boden im Kiez aneignen? Die Antworten zu diesen Fragen haben ein anderes politisches Gewicht, wenn sie von einer ganzen Nachbarschaft verteidigt und geltend gemacht werden (vgl. Bachmann/Behrens u. a. 2017).

Auf der Agora fand auch der Markt statt. Hier konnten Konsumenten und Produzenten aus der Region persönliche Beziehungen pflegen. Wer die Abnehmer der eigenen Produktion persönlich kennt, handelt schon deshalb fairer. In der Polis hatte die Agora auch eine soziale Funktion für die Nachbarschaft, denn hier fand soziale Interaktion statt, der Zusammenhalt wurde gestärkt. Da, wo sich Menschen vertraut sind, teilen sie viel mehr miteinander: die Werkzeuge, die Solidarität und die Verantwortung. Wenn Nachbar:innen mehr aufeinander achten, dann muss nicht der Staat für die innere Sicherheit sorgen. Schließlich diente die Agora auch als Kulturraum. In diesem Raum kann sich die Gesellschaft durch Kunst selbst reflektieren. Hier kann der Dialog in der Vielfalt stattfinden, denn das „Fremde“ ist oft schon nebenan. Es gibt also viele Gründe zu behaupten, dass sich die Dynamik an der Basis der Gesellschaft komplett ändern würde, wenn es in jeder Nachbarschaft eine Agora gäbe. Die Agora

ist der Möglichkeitsraum, in dem Alternativen erprobt und weiterentwickelt werden können.

Die Agora muss nicht unbedingt ein Platz unter freiem Himmel sein. Jeder Raum kann in eine Agora umgewandelt werden. Bei den alten Griechen wurde die Teilhabe auf der Agora, also Bürgerrechte, nur den Männern zugesprochen, nicht den Frauen, den Bauern oder den Sklaven. Heute sollte es anders sein: Alle Individuen sollten Bürgerrechte genießen, Kinder inbegriffen. Selbst die Natur sollte einen Platz auf der Agora bekommen. Je mehr Perspektiven in den Dialog auf Augenhöhe einfließen, desto breiter sind die Wahrnehmungshorizonte und desto nachhaltiger die Entscheidungen.

3.2 Mehr Gemeinwesen statt Privatwesen

Um eine stärkere kollektive Identifikation zu entfalten, sollte die Agora weder Privateigentum noch öffentlicher Raum sein, sondern *Gemeingut*. Als Gemeingut sollte dieser Raum von seinen eigenen Nutzer:innen eingerichtet und verwaltet werden. Gemeingüter stellen eine besonders nachhaltige, historisch bewährte Form der Verwaltung von Gütern dar. Für diese Erkenntnis bekam die Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom 2009 den Wirtschaftsnobelpreis (Ostrom 2011). Gemeingüter sind das *Totem*, das sich als Identifikationselement in der Vielfalt auswirkt. Im mittelalterlichen Dorf übte die Kirche mit ihrem Glockenturm diese Funktion aus. Menschenleere Kirchen könnten heute der jeweiligen Nachbarschaft übergeben werden, um als gemeinsame Agora eingerichtet, belebt und verwaltet zu werden. Auf jedem Fall kann dem Auseinanderklaffen der Gesellschaft mit mehr Gemeinwesen entgegengewirkt werden. Was in einer Gemeinschaft geteilt wird, muss nicht mehrmals gekauft werden. Was gemeinschaftlich genutzt wird, muss nicht im Regal oder auf einem Parkplatz verstauben. Indem mehr geteilt wird, kann die Umweltbelastung der Gesellschaft stark gesenkt werden. Da, wo es mehr Gemeingüter gibt, brauchen die Menschen auch weniger Geld zum Überleben. Nicht nur Werkzeuge, sondern auch Solidarität und Wissen können als Gemeingut geteilt werden, genauso ein Wald, eine Straße, eine Immobilie oder ein Gemüsegarten.

Verschiedene Faktoren sorgen dafür, dass ein Gemeingut langfristig erfolgreich bewirtschaftet wird. Hier die wichtigsten:

- *Die Kooperation der Nutzer:innen.* Zuerst muss definiert werden, wer Zugang zum Gemeingut haben darf und wer nicht; wer gehört zur Gemeinschaft und wer nicht. Die Gemeinschaft gibt sich Regeln für die Nutzung des Gemeinguts, für die Kommunikation und die Organisation. „Alle Mitglieder haben das Recht, an der

Veränderung der sie betreffenden Regeln mitzuwirken“ (Dieckmann/Preisendörfer 2001, 93). Es existiert „Monitoring“, das heißt, das Verhalten der Mitglieder bezüglich der Nutzung des Gemeinguts wird kontrolliert. „Personen, die die Regeln verletzen, werden sanktioniert“ (ebd.). Es gibt zusätzlich Instanzen, um Konflikte zwischen den Mitgliedern zu regulieren.

- *Die Möglichkeit der Selbstverwaltung.* Die Gemeinschaft der Nutzer:innen muss über eine gewisse Autonomie verfügen. „Externe Regierungsbehörden respektieren das Recht der Mitglieder einer Genossenschaft, autonom Regeln zur Bewirtschaftung der Allmende [Gemeingut] festzulegen“ (ebd.).
- *Gemeingut und Gemeinschaft entsprechen dem menschlichen Maß.* Die Identifikation mit überschaubaren Räumen ist stärker. Die Selbstorganisation der Gemeinschaft fällt leichter, wenn alle Nutzer:innen sich persönlich kennen, eine Reziprozität pflegen, für die gegenseitige Reputation garantieren (vgl. Putnam 1993, 172–180). Deshalb geht der Gemeingut-Ansatz Hand in Hand mit einer Dezentralisierung des sozialen Handels und der gesellschaftlichen Organisation (Ostrom 2005; Carlisle/Gruby 2019). Auf einer übergeordneten, föderativen Ebene ist jedoch wichtig, äußere gemeinsame Rahmenbedingungen zu definieren, zum Beispiel um Missbrauch oder eine Bewirtschaftung auf Kosten anderer zu vermeiden. Das „menschliche Maß“ bezieht sich auch auf die psychologische Beschaffenheit des menschlichen Wesens. Um seine Individualität und Einzigartigkeit nicht zu unterdrücken, braucht es *weltoffene Gemeinschaften*. Wie jeder Organismus braucht auch die Gemeinschaft eine schützende Membran, aber nur wenn diese einen offenen Austausch mit der Umwelt erlaubt, kann der Organismus lebendig bleiben. Eine gute Organisationsform für weltoffene Gemeinschaften ist die Wohngemeinschaft, in der es neben „Einzelzimmern“ für Einzigartigkeiten und Einzelinteressen, auch Gemeinschaftsräume, eine gemeinsame Infrastruktur, gibt.

Auch ein Quartier oder eine Gemeinde können stärker als Gemeingut betrachtet und von einer entsprechenden Gemeinschaft von Nutzer:innen (Nachbarschaft) entsprechend behandelt werden, wenn die übergeordneten Institutionen dies zulassen oder die gelebte Demokratie unterstützen. Quartiere bilden ein ideales Reallabor für die Stadt, um die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit erst im Kleinen zu lernen.

3.3 Kooperationen und Allianzen

Egal, ob es um das miteinander Teilen, die Kooperationen oder die Partizipation geht – dabei ist eine Frage zentral: Wie kann Vertrauen am besten entstehen und gefördert werden?

Für Entscheidungsprozesse macht es einen großen Unterschied, ob sich die Akteure am Tisch vertrauen oder misstrauen. Eine Atmosphäre der Großzügigkeit erleichtert das soziale Handeln und macht soziale Systeme beweglicher. Eben hier liegt ein weiterer wichtiger Grund, um im Lokalen mit der Transformation in Richtung Nachhaltigkeit zu beginnen: Die räumliche Nähe erleichtert die soziale Interaktion – und dadurch auch die Vertrauensbildung und die Vertrauenspflege unter den Akteuren. Besonders wichtig ist die persönliche Kommunikation (face-to-face).

Gleichzeitig ist räumliche Nähe nicht automatisch soziale Nähe. Einerseits tendieren die verschiedenen Gruppen dazu, unter sich zu bleiben. Andererseits erschweren Formen der sozialen Ungleichheit (die fehlende Augenhöhe) Kooperationen. Die Transformation sollte so gestaltet werden, dass den sozialen Ungleichheiten mit Mechanismen des sozialen Ausgleichs entgegengetreten wird. Dies kann durch Moderation geschehen. Ehrenamtliche Kräfte können die Entscheidungen treffen, während hauptamtliche Kräfte für die Umsetzung zuständig sind. Eine Ungleichheit kann auch dadurch entstehen, dass bestimmte Themen auf Kosten anderer priorisiert werden. Wer sich immer in den Räumen der Katholischen Kirche oder der Universität trifft, wird große Schwierigkeiten haben, Muslime oder Nichtakademiker:innen zur Partizipation zu motivieren. Jeder Habitus wirkt sich immer selektiv auf Partizipationsprozesse aus und sollte entsprechend reflektiert werden. Die Botschaft des miteinander Teilens, der Inklusion und des „guten Lebens“ wirkt glaubwürdiger, wenn sie im Keim der Transformation (vor)gelebt, und nicht nur nach außen gepredigt werden. Auch innerhalb von Transformationsprozessen stellt sich die Frage, wer die Entwicklung für wen bestimmt. Oder die Sprache: Ist der Begriff „Gutes Leben“ oder „Nachhaltigkeit“ inklusiver? Wer fühlt sich angesprochen, wenn man zu einem „Workshop“ eingeladen wird?

Neben Vertrauen ist die Frage der Kommunikations- und der Organisationsformen besonders wichtig: Wie lassen sich Einheit und Vielfalt, Gemeinschaft und Individualität am besten verbinden?

Wer eine Nachbarschaft dazu bringen möchte, den eigenen Kiez als Gemeingut zu behandeln, sollte zuerst begreifen, dass sich urbane Nachbarschaften sehr stark von traditionellen unterscheiden. Heute wechseln Menschen ihren Wohnort mehrmals im Leben. Manche verbringen mehr Zeit in ihrem Arbeitsviertel als in ihrem Wohnviertel. Wer Immobilien besitzt, wohnt oft woanders. Das heißt, die Definition von Nachbarschaft sollte heute offener sein. Die Tatsache, dass Menschen ihren Alltag in unterschiedlichen sozialen Systemen verbringen, ist jedoch auch eine Chance, um eine Gemeinschaft weltoffener zu gestalten, um Brücken zwischen Innen und Außen aufzubauen und/oder um eine globale Verantwortung im Lokalen zu verankern.

Jede Nachbarschaft kann sich so organisieren, dass sie die Entwicklung des eigenen Viertels stärker mitbestimmt und ein eigenes „Regierungsprogramm“ dafür entwickelt. Seit 2013 passiert in einigen Kölner Veedeln und seit 2020 in einigen Berliner Kiezen Ähnliches. Sie dürfen das eigene Programm zum guten Leben sogar erlebbar umsetzen, und zwar am „Tag des guten Lebens“.⁷ In Köln entsteht der Freiraum dafür, indem 25-35 Straßen autofrei sind und von den jeweiligen Nachbarschaften als Gemeingut verwaltet und gestaltet werden. Dies geschieht im Rahmen weniger Vorgaben,⁸ unter anderem:

- Das Programm für das gute Leben im Veedel sollte im Voraus möglichst demokratisch und inklusiv in der Nachbarschaft entwickelt werden.
- Am „Tag des guten Lebens“ bleibt das Auto stehen bzw. muss umgeparkt werden, sonst entstehen keine Freiräume für das gute Leben.
- Es darf nichts verkauft und gekauft werden, nur das Schenken und das miteinander Teilen sind an dem Tag erlaubt.

Kooperationen und Allianzen brauchen inklusive, nichtkommerzielle Rituale – und der „Tag des guten Lebens“ ist ein Beispiel dafür. Die Straßen und die Plätze in einem ganzen Quartier werden zu Agora. Der „Tag des guten Lebens“ findet jedes Jahr in einem anderen Stadtviertel statt. Jede Nachbarschaft erfährt dabei Selbstwirksamkeit – und was an einem Tag möglich ist, kann das ganze Jahr lang möglich werden. Gerade das gemeinsam Erleben und Mitgestalten hinterlässt einen prägenderen Eindruck auf die Bewohnerschaft.

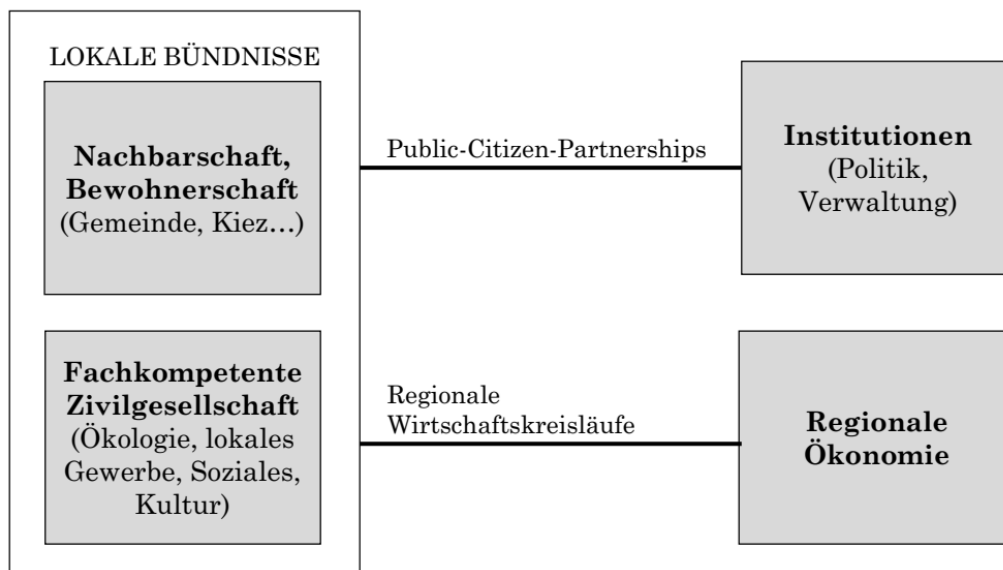
Warum aber nur an einem Tag? Warum nicht für eine ganze Woche oder das ganze Jahr über? Weil die politischen und die administrativen Institutionen nicht bereit sind, größere Freiräume für die Transformation zuzulassen. Es ist bemerkenswert, welchen Aufwand ein einziger „Tag des guten Lebens“ mit sich bringt, um Vorschriften und Auflagen der öffentlichen Verwaltung gerecht zu werden. Davon schützen viele die Herrschaft des Autos im öffentlichen Raum, „spontane Aktionen“ der Nachbarschaft lässt kein Ordnungsamt zu. Wie wurden die politischen Institutionen und die öffentliche Verwaltung in Köln und Berlin dazu gebracht, eine solche Initiative zu unterstützen? Jeweils durch ein breites Bündnis verschiedener Akteure. Zur Agora Köln gehörten ursprünglich (neben den Nachbarschaften) 130 Akteure aus Umwelt, Gewerbe,

⁷ Tag des guten Lebens, Köln: <https://www.tagdesgutenlebens.koeln/>; Tag des guten Lebens, Berlin: <https://tagdesgutenlebens.berlin/>. Eine ähnliche Initiative gibt es auch in Wuppertal: <https://www.guteslebenwuppertal.de/> (abgerufen 01.05.2021).

⁸ Bundesweite Lernende Charta zum Tag des guten Lebens: <https://www.tagdesgutenlebens.org/> (abgerufen 02.05.2021).

Soziales und Kultur. Die Breite des Bündnisses war wichtig, um drei Bezirksvertretungen dazu zu bringen, den „Tag des guten Lebens“ einstimmig zu beschließen. Die Buntheit der Bewegung war wichtig, um eine heterogene Bevölkerung zu aktivieren. Solche Bündnisse können als Katalysator von Transformationsprozessen auch in den Quartieren wirken, weil Selbstorganisation in den Nachbarschaften selten allein vonstattengeht oder wirklich inklusiv ist. Dafür braucht es oft Katalysatoren und kompetente Unterstützung (z.B. Moderation). Wenn es in den Kiezen darum geht, ein gutes Leben zu definieren, das nicht auf Kosten anderer geht, dann kann die Zivilgesellschaft (Umweltinitiativen, Gewerkschaften...) das eigene Wissen zur Verfügung stellen. Auch hier kann jedoch die Kooperation nur unter der Bedingung der Augenhöhe (am besten der gegenseitigen Wertschätzung) gelingen. Der Erfolg des „Tags des guten Lebens“ in Köln hat gezeigt, dass kein Chaos entsteht, wenn man mehr Verantwortung auf die Bürger:innen überträgt: Es lohnt sich, ihnen mehr Vertrauen zu schenken.

Abb. 2: Lokale Allianzen für die Transformation



Quelle: Eigene Darstellung

Auch Bündnisse für die Transformation brauchen Identifikationselemente: Warum nicht die Stadt oder die Gemeinde als Gemeingut? Dabei wird die Frage der Nachhaltigkeit als Frage des Zusammenlebens gestellt. Starke Bündnisse brauchen gemeinsame Spielwiesen, in denen kollektive Selbstwirksamkeit erfahrbar wird. Am „Tag des guten Lebens“ werden auch *Public-Citizen-Partnerships* (zwischen Bürger:innen und Institutionen) erprobt. Lokale Allianzen für die Transformation (Abb. 2) sollten

jedoch auch die Region einbeziehen. Ein anderes, engeres Verhältnis zwischen Stadt und Land könnte in etwa durch Partnerschaften zwischen urbanen Quartieren und ländlichen Gemeinden gefördert werden. Dabei kann das Land das Quartier mit Nahrungsmitteln beliefern, während das Quartier Kunst und Kultur auf das Land bringt. Die Schulen und die Studierenden könnten bei der Ernte auf dem Land helfen und dadurch den Kontakt zur Natur pflegen. Auf jeden Fall brauchen nachhaltige Städte mehr regionale Wirtschaftskreisläufe und weniger transnationale Handelsketten.

4. Transformation als Lernprozess

Es gibt keinen Königsweg zu einer Transformation zur Nachhaltigkeit, deshalb sollte sie als individueller und kollektiver Lernprozess verstanden und gestaltet werden. Zuerst ist jede Stadt, jede Gemeinde, jedes Quartier anders. Sie zeichnen sich durch eine Eigenart (WBGU 2016, 4) und einen Eigensinn aus. Während die Modernisierung über diese lokale Spezifität hinwegschaut, hebt die nachhaltige Transformation diese hervor, macht sie sichtbar und wirksam. Um diese lokale Spezifität zu begreifen, ist eine *explorative Phase* am Beginn des Transformationsprozesses wichtig.

Ein Lernprozess ist auch in der Gestaltung von Kooperationen und Allianzen nötig. Gerade in Familien und Wohngemeinschaften lernen wir, dass das gute Leben oder das Vertrauen weder geplant noch erzwungen werden können. Wenn Menschen zum Wettbewerb und zum Eigennutzen erzogen worden sind, dann fallen ihnen Kooperation und Gemeinwohl nicht unbedingt leicht. Gerade die weltoffene Gemeinschaft braucht Spielwiesen, um spielerisch erlernt zu werden – ohne zu viel Erfolgsdruck. Eine Transformation als Lernprozess zu gestalten, bedeutet jedoch auch, dass alles nicht unbedingt neu erfunden und selbst erfahren werden muss: Man kann auch von anderen lernen. Man kann auch von bestehenden Kompetenzen und bereits existierendem Wissen profitieren.

Menschen machen keine Revolution, wenn sie Freiraum bekommen. Das ist die Erfahrung am „Tag des guten Lebens“. Ist die Straße autofrei, denken viele an Straßenfest und Flohmarkt. Es findet eine mentale „Selbstzensur“ statt. Selbst wenn die Eltern, der Arbeitgeber oder die Polizei nicht anwesend sind, wirkt sich der Status quo aus dem Inneren der Menschen weiter aus. In Verwaltungen, Betrieben, Schulen oder in Nachbarschaften sind Menschen oft in gewohnten Strukturen und Verhaltensmustern gefangen. Deshalb bringen physische Freiräume wenig, wenn es keine geistigen Freiräume gibt. Es ist ein wichtiges Merkmal von Kreativität und Kunst, dysfunktional zu wirken und angebliche Normalitäten infrage zu stellen. Davon braucht es mehr, auch in der Transformation der Städte zur Nachhaltigkeit. Wie ein:e Künstler:in kann jede:r

Bürger:in seine:ihre eigene innere Vielfalt aktivieren, um Alternativen möglich zu machen. Der Weg zum guten Leben kann schon vor der eigenen Haustür beginnen.

Literatur

Bachmann, Boris/ Behrens, Maria/ Brocchi, Davide/ Heynkes, Jörg/ Sinn, Matthias/ Thiesen, Andreas (2017): Subsidiarität als Motor urbaner Transformation. Impulspapier der Themengruppe Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit im Rahmen der Bergischen Klimagespräche 2017. Wuppertal: Wuppertal Institut. <https://www.bergische-kimagespraechen.de/2017-1/> (abgerufen 27.04.2021).

Barber, Benjamin (1994), *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch.

Berlinski, Claire (2008), *There Is No Alternative: Why Margaret Thatcher Matters*. New York: Basic Books.

Blaschke, Annette (2015), *Barcelona Social Club. Was Spanien aus der Krise lernt*. Feature WDR5 10.05.2015.

Bogumil, Jörg/ Holzkamp, Lars (2013). *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Boom, Maïke van den (2015), *Wo geht's denn hier zum Glück? Meine Reise durch die 13 glücklichsten Länder der Welt und was wir von ihnen lernen können*. Frankfurt/Main: Fischer Krüger.

Brand, Ulrich (2009), *Die Multiple Krise – Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik*. Berlin: Heinrich Böll Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf (abgerufen 21.03.2020).

Brocchi, Davide (2007), *Die Umweltkrise – eine Krise der Kultur*. In: Altner, Günter/ Leitschuh, H.; Michelsen, Gerd/ Simonis, U. E./ Weizsäcker, E. U. (Hg.), *Jahrbuch Ökologie 2008*. München: Beck, 115-126.

Brocchi, Davide (2017), *Urbane Transformation. Zum guten Leben in der eigenen Stadt*. Bad Homburg: VAS.

Brocchi, Davide (2019a), *Nachhaltigkeit und soziale Ungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS.

Brocchi, Davide (2019b), *Große Transformation im Quartier. Wie aus gelebter Demokratie Nachhaltigkeit wird*. München: oekom.

Butterwegge, Christoph (2020), *Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Weinheim: Beltz Juventa.

Carlisle, Keith/ Gruby, Rebecca L. (2019), *Polycentric Systems of Governance: A Theoretical Model for the Commons*. In: *Policy Studies Journal* Vol. 47, No. 4, 2019, 927-952.

Churchill, Winston (1943), *Speech to the House of Commons (October 28, 1943)*. London.

Diamond, Jared (2006), *Kollaps: Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*, Frankfurt/Main: Fischer Verlag.

Dieckmann, Andreas/ Preisendörfer, Peter (2001), *Umweltsoziologie. Eine Einführung*. Reinbek: Rowohlt.

Esposito, Roberto (2004), *Communitas. Ursprung und Wege der Gemeinschaft*. Berlin: Diaphanes.

Fischer-Kowalski, Marina/ Haberl, Helmut/ Hüttler, Walter/ Payer, Harald/ Schandl, Heinz/ Weniwarter, Verena/ Zangerl-Weisz, Helga (1997), *Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur*. Amsterdam: Fakultas.

Gehl, Jan (2015), *Städte für Menschen*. Berlin: Jovis.

Goehler, Adrienne (2021), *Einmischen! Ein Aufruf zur Kompliz_innenschaft*. In: *Schneider, Wolfgang/ Kristina, Gruber/ Brocchi, Davide* (Hg.), *Jetzt in Zukunft. Zur Nachhaltigkeit in der Soziokultur*. München: oekom, 115-121.

Harvey, David (2014), *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Heinberg, Richard (2008), *Öl-Ende. "The party's over". Die Zukunft der industrialisierten Welt ohne Öl*. München: Riemann.

Helfrich, Silke (Hrsg.) (2009), *Gemeingüter - Wohlstand durch Teilen*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Helliwell, John F./ Layard, Richard/ Sachs, Jeffrey D./ Neve, Jan-Emmanuel de (2020), World Happiness Report. New York: Sustainable Development Solutions Network.

I.L.A. Kollektiv (Hrsg.) (2019), Das gute Leben für alle: Wege in die solidarische Lebensweise. München: oekom.

Innenministerium NRW (2020), Kommunalwahlen 2020: 51,9 Prozent Wahlbeteiligung – 25 Oberbürgermeister und Landräte gewählt. Düsseldorf: Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen. <https://www.im.nrw/kommunalwahlen-2020-519-prozent-wahlbeteiligung-25-oberbuergermeister-und-landraete-gewaehlt> (abgerufen 07.06.2021)

IPCC (2018), 1,5 °C globale Erwärmung. IPCC-Sonderbericht, Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. Genf: Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2019/03/SR1.5-SPM_de_barrierefrei-2.pdf (abgerufen 21.04.2021).

Latouche, Serge (1994), Die Verwestlichung der Welt. Frankfurt/Main: dipa.

Latour, Bruno (2015), Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Leggewie, Claus/ Welzer, Harald (2009), Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Frankfurt/Main: Fischer.

Lessenich, Stephan (2017), Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Carl Hanser.

Maslow, Abraham (1981), Motivation und Persönlichkeit. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Merkel, Wolfgang (1999), Systemtransformation. Opladen: Leske + Budrich.

Motesharrei, Safa/ Rivas Jorge/ Kalnay Eugenia (2014), Human and nature dynamics (HANDY): Modeling inequality and use of resources in the collapse or sustainability of societies. In: Ecological Economics 101 5/2014, 90-102.

Nanz, Patrizia/ Fritzsche, Miriam (2012), Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Ostrom, Elinor (2005), Understanding Institutional Diversity. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Ostrom, Elinor (2011), *Governing the commons. The evolution of institutions for collective action*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Plöger, Sven (2020), *Zieht euch warm an, es wird heiss!* Frankfurt/Main: Westend.

Polanyi, Karl (1978), *The great Transformation*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

Radkau, Joachim (2012), *Natur und Macht*. München: C. H. Beck.

Rostow, Walt W. (1990), *The stages of economic growth. A non-communist manifesto*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Schneider, Astrid/ Birol, Fatih (2008), »Die Sirenen schrillen«. In: *Internationale Politik* 4, April 2008, 34-45. <https://internationalepolitik.de/de/die-sirenen-schrillen> (abgerufen 24.04.2021).

Schneidewind, Uwe/ Zahrnt, Angelika (2013): *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. München: oekom.

Schneidewind, Uwe (2018), *Die Große Transformation*. Frankfurt/Main: Fischer.

Schneidewind, Uwe (2021), *Zukunftsbilder der Nachhaltigkeit*. In: Wolfgang Schneider, Kristina Gruber, Davide Brocchi (Hrsg.), *Jetzt in Zukunft. Zur Nachhaltigkeit in der Soziokultur*. München: oekom, 2021, 145-150.

Stadt Köln (2018), *Statistisches Jahrbuch 2018*. Köln: Stadt Köln.

Tiddens, Harris C. M. (2014), *Wurzeln für die lebende Stadt*. München: oekom.

UNESCO (2001), *Allgemeine Erklärung der UNESCO zur kulturellen Vielfalt*. Generalkonferenz der Unesco, November 2001, Paris. https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-03/2001_Allgemeine_Erklärung_zur_kulturellen_Vielfalt.pdf (abgerufen 18.04.2021).

Vatter, Adrian (2016), *Das politische System der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos.

Wackernagel, Mathis (2014), *12 Fragen an ... 12 Questions to ... Mathis Wackernagel*. In: *GAIA* 23/1, 6-7.

WBGU (2011), Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

WBGU (2016), Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Weber, Andreas (2021), Lebendig machen. Nachhaltigkeit diesseits der Trennung von Natur und Kultur. In: Schneider, Wolfgang/Kristina, Gruber/Brocchi, Davide (Hg.), Jetzt in Zukunft. Zur Nachhaltigkeit in der Soziokultur. München: oekom, 101-108.

WWF Deutschland (2012), Tonnen für die Tonne. Ernährung, Nahrungsmittelverluste, Flächenverbrauch. Berlin: WWF Deutschland. https://www.wwf.de/fileadmin/user_upload/studie_tonnen_fuer_die_tonne.pdf (abgerufen 21.11.2020).

Über den Autor

Davide Brocchi ist Dipl.-Sozialwissenschaftler, als Forscher, Autor, Begleiter und Mitgestalter von Transformationsprozessen tätig. Er wuchs in Italien auf, lebt seit 1992 in Deutschland und seit 2007 in Köln. Seine Schwerpunkte in Theorie und Praxis sind die soziale und die kulturelle Dimension der (Nicht-)Nachhaltigkeit, die Bildung unkonventioneller Bündnisse sowie der sozial-ökologische Wandel aus dem Lokalen heraus. Er ist Initiator des „Tag des guten Lebens“ in Köln und Berlin. Gerade promoviert er am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim.

Weitere Informationen: <http://davidebrocchi.eu>

Kontakt: info@davidebrocchi.eu

Über www.ethikjournal.de

EthikJournal ist eine Onlinezeitschrift für Ethik im Sozial- und Gesundheitswesen. Ausgehend von aktuellen Themen werden grundlegende theoretische und handlungsorientierte Fragen zur Diskussion gestellt. Die Zeitschrift erscheint zweimal jährlich online. Herausgeber der Zeitschrift ist das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP).

ISSN 2196-2480

Zitationsvorschlag

Brocchi, Davide (2021), Die Große Transformation der Stadt, in: EthikJournal Ausgabe 1/2021, Download unter: Link zum pdf Onlinedokument (Zugriff am).